



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Witte, Hans: Nationalitätskämpfe : 5. Verteidigung : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationalitätskämpfe

5. Verteidigung

(Schluß)



Die durch das Ansiedlungsgesetz von 1886 eingesetzte Ansiedlungskommission für die Provinzen Posen und Westpreußen hat in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens, also bis Ende 1900, eine Gesamtfläche von 147474 Hektar angekauft, von denen 55347 Hektar auf den Regierungsbezirk Bromberg, 49962 Hektar auf Posen, 33563 Hektar auf Marienwerder und der Rest auf Danzig entfallen. „Über ein Sechstel der Fläche der Kreise Znin und Gnesen, ein Achtel der Kreise Wongrowitz und Briesen, ein Zehntel des Kreises Breschen, mehr als ein Zwanzigstel in weiteren neun Kreisen sind erworben“ (Akademische Blätter, 16. Jahrgang, Nr. 3, 1. Mai 1901, S. 39). Aufgeteilt sind bis Ende 1900 mehr als 93894 Hektar in 5634 Stellen, von denen 4277 besetzt sind. Das würde schätzungsweise eine Gesamtansiedlung von 30000 Deutschen einschließlich der Familienangehörigen ergeben. Und wenn von den 4277 Stelleninhabern auch 830 aus Posen, 732 aus Westpreußen stammen, so stellen die 586 aus Westfalen, 374 aus Brandenburg, 278 aus der Provinz Sachsen, 222 aus Pommern, 200 aus Schlesien, 198 aus Hannover, 180 sonst aus Preußen, 87 aus Württemberg, 372 sonst aus dem Deutschen Reiche und 218 aus dem Auslande Zugewanderten doch immer noch eine stattliche Vermehrung der deutschen Bevölkerung beider Provinzen dar. Wenn trotz dieser Leistungen der Ansiedlungskommission das Deutschtum der Provinzen Posen und Westpreußen der Entwicklung des Polentums gegenüber in den letzten Jahren nicht nur keine Fortschritte gemacht hat, sondern sogar immer noch stark hinter ihr zurückbleibt, so müssen außer den oben dargestellten das Polentum begünstigenden Verhältnissen noch andre Umstände mitwirken, durch die die Tätigkeit der Ansiedlungskommission wenigstens zu einem guten Teile gelähmt wird.

Dies geschieht zunächst durch die außerordentliche Preissteigerung der Grundstücke im Ansiedlungsgebiete. Von Anfang an galt es als Grundsatz bei der Ansiedlungskommission, ihren Güterbedarf durch Ankauf aus polnischer Hand zu decken, weil dadurch eine unmittelbare Verminderung des polnischen Grundbesitzes erreicht wurde. Von Deutschen wurde in der ersten Zeit gar nicht, später nur ausnahmsweise gekauft. Die Folge davon war, daß der Kaufpreis der polnischen Güter künstlich in die Höhe getrieben, der der deutschen entsprechend gedrückt wurde. Hatte also ein Pole sein Gut an die Ansiedlungskommission verkauft, so war er in der Lage, mit dem Erlöse ein weit größeres Besitztum aus deutscher Hand wieder zu erwerben, als er zuvor

befessen hatte. Es mußte sich also aus dem Wirken der Ansiedlungskommission ein Austausch deutschen und polnischen Grundbesitzes ergeben, bei dem der Vorteil entschieden auf polnischer Seite stand. Richtiger wäre es demnach gewesen, wenn die Ansiedlungskommission von vornherein grundsätzlich zwar ebenfalls im polnischen Sprachgebiet, aber aus deutscher Hand gekauft hätte. Dann würde sie zwar auch allmählich teurer und teurer gekauft haben, aber die Wertsteigerung wäre dann dem deutschen Besitze zu gute gekommen, hätte ihn vor der Erwerbung durch Polen geschützt, während die verhältnismäßige Entwertung des polnischen Besitzes dessen Übergang in deutsche Hand erleichtert hätte. Dann würde ferner der metallische Segen, der aus der Kasse der Ansiedlungskommission in Gestalt der Kaufgelder bisher auf die Polen ausgegossen wurde, mit seiner belebenden Kraft dem Deutschtum zu gute gekommen sein und ihm reiche Mittel zu dem nunmehr erleichterten Erwerbe polnischen Grundbesitzes zur Verfügung gestellt haben. Einer zu hohen Steigerung der deutschen Güterpreise könnte durch gelegentlichen Übergang zum Kaufe von Polen wohl vorgebeugt werden, sowie dadurch, daß man Güter, deren Preis durch die Spekulation in die Höhe getrieben ist, nicht erwirbt. Da die einmal gemachten Fehler nicht wieder ungeschehn gemacht werden können, muß es mit Dank begrüßt werden, daß die Ansiedlungskommission wenigstens von dem schädlichen Grundsätze, nur von Polen zu kaufen, zurückgekommen ist. Von den im Jahre 1900 erworbenen 16575 Hektar stammen nur noch 4981 Hektar, also ein starkes Viertel, aus polnischer Hand. Es müßte aus den oben entwickelten Gründen gewünscht werden, daß der Ankauf aus deutscher Hand immer mehr zur Regel würde.

Die sonst gegen die übermäßige Verteuerung der Grundstücke und zur Förderung der deutschen Besiedlung vorgeschlagenen Mittel, wie die Verleihung des Rechts der Zwangsenteignung an die Ansiedlungskommission und das Verbot des Grunderwerbes durch Polen außer im Erbwege, scheinen vor der Hand keine Aussicht auf Annahme zu haben. Über ihre Durchführbarkeit und Wirkung wird sehr verschieden geurteilt. Ob z. B. durch die Zwangsenteignung eine ins Gewicht fallende Verbilligung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission erreicht werden würde, begegnet Zweifeln. Ihr Hauptwert würde darin beruhen, daß sie ermöglichte, solche Güter, deren Besitz den deutschen Ansiedlungsgütern Schluß und Zusammenhang geben würden, und die deshalb von den Polen um jeden Preis festgehalten werden, gegen den Willen ihrer Herren zu erwerben, mit einem Wort, der polnischen Gegenarbeit gegen die Ansiedlungskommission den Boden zu entziehen. Aber wenn wir nur dafür sorgen, daß der durch die staatliche Ansiedlung eröffnete Strom deutscher Zuwandrer in die bedrohten Provinzen immer reichlicher fließt, dann können wir den Polen solche Güter ruhig einstweilen lassen, um anderswo zu kaufen, wo es unter annehmbaren Bedingungen möglich ist. Der ungeminderte Fortgang des Siedlungswerkes wird die beste Bürgschaft dafür sein, daß allmählich Schluß und Zusammenhang in die deutschen Niederlassungen kommt, und daß die unvorzählbaren scheinbar unentbehrlichen Abrundungsgüter dem um sie her anwachsenden Deutschtum schließlich von selber in den Schoß fallen.

Weit einschneidender als die Zwangsenteignung würde ohne Zweifel das Grunderwerbsverbot wirken. Es würde nicht nur die Güterpreise zum Sinken bringen, sondern auch den polnischen Anteil am Grundbesitz fortschreitend einschränken. Seine Durchführbarkeit ist durch die jüngst vorgenommene Sprachenzählung gesichert. Von einem solchen Mittel wird aber erst dann Gebrauch gemacht werden dürfen, wenn sich alle andern als unzureichend erwiesen haben. Und das wäre doch noch abzuwarten, zumal da die erst seit kurzem hervorgetretene Schwenkung des preußischen Staatsministeriums in der Polenangelegenheit den wieder kräftiger gehandhabten Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums eine erhöhte Wirkung verleihen wird.

Ein bis zu andauernder Zurückdrängung des Polentums gesteigertes Fortschreiten der deutschen Besiedlung Westpreußens und Posen kann allerdings niemals von der Thätigkeit der Ansiedlungskommission allein erwartet werden, auch wenn dieser, wie wir jetzt hoffen dürfen, im Bedarfsfalle der Hundertmillionenfonds wieder und wieder erneuert wird. Um solche Wirkungen zu erzielen, müssen zum mindesten alle irgend in Frage kommenden staatlichen Behörden das Werk mit allen Kräften fördern helfen. Das sollte sich eigentlich von selbst verstehen, aber die bisherige Haltung einiger Staatsbehörden macht es doch notwendig, dies besonders zu betonen. Wie sehr durch die Einrichtung von Übersetzungsstellen bei der Reichspost der Übermut der Polen gesteigert worden ist, lebt noch in frischer Erinnerung. Weit mehr noch ist das Polentum, über dessen staatsfeindliche Gesinnung heute kein Verständiger mehr im unklaren sein kann, durch eine andre Behörde gefördert worden.

Die preußischen Generalkommissionen zur Errichtung von Rentengütern haben bis Ende 1899 in der ganzen Monarchie 8475 Rentengüter ausgelegt mit einem Gesamtflächeninhalt von 94493 Hektarn. Von diesen 8475 Gütern sind 5449 in deutscher, 2605, also beinahe ein Drittel der Gesamtzahl, in polnischer Hand. Die außerdem angesiedelten Litauer, Masuren, Kassuben, Tschechen haben nur etwas über 400 Güter erhalten.

Da auf Westpreußen 2948 Güter mit 34070 Hektarn und auf Posen 1413 Güter mit 16010 Hektarn, zusammen 4361 Güter mit 50080 Hektarn kommen, so zeigt sich, daß die Generalkommission gerade in diesen Provinzen, in denen zugleich die Ansiedlungskommission wirkt, ihre Hauptthätigkeit entfaltet hat. Nächstdem kommen die Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien, jede mit nur wenig über 1000 Gütern. Die übrigen Provinzen von Brandenburg an westlich sind nur schwach mit höchstens 301 (Westfalen) bis hinab auf 17 Güter (Sachsen) vertreten, sodaß sich also als eigentlicher Boden der Rentengutsbildung gerade die Provinzen herausstellen, die mit Westpreußen und Posen in erster Linie von dem Kampfe zwischen Deutschtum und Polentum berührt werden. (Vgl. Akademische Blätter, 15. Jahrgang, Nr. 10, S. 161.)

Nach Ausweis obiger Zahlen verhalten sich in den fünf östlichen Provinzen Preußens die durch die Generalkommissionen errichteten polnischen und sonstigen nichtdeutschen Rentengüter (zusammen 3021) zu den deutschen wie 3 : 4,6, in Posen und Westpreußen sogar etwa wie 1 : 1. Das bedeutet eine durch Staatsbehörden herbeigeführte Befestigung des Polentums im Kampf-

gebiete, durch die der ebenfalls staatlichen Ansiedlungskommission ihre ohnehin so saure Aufgabe noch schwerer, ja unerfüllbar gemacht, durch die der Wiederbefestigung des Deutschtums auf dem ihm schon unter den Füßen schwindenden Boden direkt entgegengearbeitet wird.

Im Jahre 1900 ist die Thätigkeit der Generalkommissionen sehr zurückgegangen: nur 322 Rentengüter sind in der ganzen Monarchie begründet worden. Von der Generalkommission Bromberg insbesondere, die für die beiden Provinzen Westpreußen und Posen zuständig ist, sind nur 93 Rentengüter ausgelegt worden. Deshalb haben denn auch die polnischen Rentengüter nur geringen Zuwachs erhalten: sie sind von 2605 auf 2619, die deutschen von 5449 auf 5703 gestiegen. Sonst ist nur noch bemerkenswert die Vermehrung der litauischen Rentengüter von 68 (Ende 1899) auf 111 (Ende 1900).

Auf jeden Fall sind die Generalkommissionen, wenn man ihre Gesamtleistung ins Auge faßt, und wenn man den im Jahre 1900 hervorgetretenen Rückgang ihrer Thätigkeit als vorübergehend betrachten darf, eines der handlichsten und wirksamsten Mittel, durch das der Staat auf die Gestaltung der Nationalitätsverhältnisse des Ostens nach Maßgabe seines eignen wie des deutsch-nationalen Interesses, was sich hier vollkommen deckt, einwirken könnte. Da die Regierung jetzt die der Ansiedlungskommission gesteckten Ziele mit allen Mitteln fördern will, wird sie sich dazu entschließen müssen, zum mindesten den Generalkommissionen der ostelbischen Provinzen die ausschließliche Ansiedlung von Deutschen vorzuschreiben.

Es ist schon öfter der Wunsch laut geworden, daß auch für Oberschlesien und Ostpreußen eine im Sinne der Ansiedlungskommission arbeitende Behörde geschaffen würde. Erginge die Vorschrift, nur Deutsche anzusiedeln, an die Generalkommissionen, so würde schon damit dieser Wunsch im wesentlichen erfüllt sein. An der Berechtigung des Staates, bei seiner eignen Siedlungsthätigkeit alle Bewerber grundsätzlich auszuschließen, deren Ansiedlung aus irgend einem Grunde dem Staatsinteresse zuwiderläuft, kann nicht gezweifelt werden. Den Polen gegenüber wird ein solcher Ausschluß geradezu geboten durch die Pflicht der Selbsterhaltung.

Durch einen solchen in dauernd bindender Form ausgesprochenen Ausschluß der Polen von jeder staatlichen Ansiedlung würde das bisherige Gegeneinanderwirken der beiden großen Siedlungsbehörden für die Zukunft unmöglich gemacht und die ausschließlich deutsche Ansiedlung in den Ostprovinzen an Umfang verdoppelt werden können. Dann wird, besonders wenn das Ansiedlermaterial mehr und mehr aus den westlichen Teilen Deutschlands gewonnen wird, und wenn auch die Provinzialverwaltungen, wenn kapitalkräftige Privatgesellschaften und Einzelne zur Erweiterung des deutschen Siedlungsgebiets kräftig mitwirken, das heute erst langsam rinnende Bächlein des nach Osten dringenden Deutschtums zu einem Strome anschwellen, der dem uns jetzt noch Jahr für Jahr schädigenden Zuge nach Westen entgegen wirken und ihn schließlich mehr und mehr beiseite drängen wird.

Ist ein solcher deutscher Strom nach Osten erst in Fluß gekommen, so wird er bald nicht mehr auf die von der Ansiedlungskommission und den General-

kommissionen herangezogenen Bevölkerungsteile beschränkt bleiben: deutsche Handwerker und Arbeiter werden sich ihm anschließen; und auch die Deutschen der obern Gesellschaftsschichten werden sich nicht mehr so fremd fühlen in den Landen, die unter stetigem Zufließen deutschen Volkstums einen immer heimischen Charakter gewinnen werden. Dazu werden auch die vom Grafen Bülow in Aussicht gestellten Maßnahmen zu Gunsten der Beamtschaft des Ostens in Gestalt von Dienstwohnungen und Zulagen sicherlich beitragen. Und auch die Errichtung von Garnisonen in den kleinern Städten, womit schon ein Anfang gemacht ist, wird dem deutschen Bürgertum als kräftiger Rückhalt dienen. Noch lange aber wird die deutsche Siedlungsthätigkeit darauf hinauslaufen, deutsche Inseln im polnischen Gebiete zu schaffen, bis sich endlich der notwendige Schluß, das Zusammenwachsen zu einem neudeutschen Sprachgebiete vollziehen kann. Bis dahin werden wir uns auf die nationale und wirtschaftliche Widerstandskraft der Pioniere des Deutschtums verlassen müssen. Die sorgfältige Auswahl des Ansiedlermaterials, wie sie von der Ansiedlungskommission vorgenommen wird, gewährt in dieser Hinsicht einen hohen Grad von Sicherheit. Insbesondere ist man mit der Ansiedlung von Katholiken zurückhaltend gewesen: den bis Ende 1900 angesiedelten 4028 Evangelischen stehen nur 249 Katholiken gegenüber. Vielleicht sind auch das noch zu viele, denn nach den bisherigen Erfahrungen können wir auf die nationale Zuverlässigkeit und Unererschütterlichkeit der deutschen Katholiken den Polen gegenüber keine Häuser bauen. Und daß wir mit schweren Geldopfern neue deutsche Dörfer im Polengebiet errichten, die vielleicht nach einer kurzen Reihe von Generationen ihr Deutschtum verleugnen und zu Stützpunkten des Polentums werden, ist jedenfalls nicht der Zweck des Ansiedlungsgesetzes. Dagegen ist eine ausreichende kirchliche Versorgung sowohl der altangesessenen wie der neu angesiedelten evangelischen Deutschen auch von höchster nationaler Bedeutung, denn ohne Frage ist ein reges evangelisches Bewußtsein eines der festesten Bollwerke gegen den Polonismus. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß jede evangelische Kirche im Osten eine gegen das Polentum vorgeschobene Festung des Deutschtums sei. Es muß deshalb mit Dank begrüßt werden, wenn im Staatshaushalt für 1902 ein größerer Betrag zur Unterstützung evangelisch-kirchlicher Einrichtungen, namentlich in der Provinz Posen, ausgeworfen ist.

Nicht allein die Neubildung und das Zusammenwachsen deutscher Sprachinseln im polnischen Sprachgebiete zu widerstandsfähigen Massen würde die Wirkung einer wesentlich erhöhten deutschen Ansiedlungsthätigkeit im Osten sein; die Schaffung zahlreicher kleiner Stellen, wie sie durch die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen und über die ganze Monarchie hin durch die Generalkommissionen geschieht, muß auch allmählich dem ländlichen Arbeitermangel entgegenwirken. Indem durch sie eine Grundlage für das Heranwachsen eines neuen ländlichen Arbeiterstandes geschaffen wird, wird mit der Zeit in manchen Gegenden der Bedarf an polnischen Saisonarbeitern geringer werden, und demgemäß der polnische Zug nach Westen sich verringern. Der deutsche Gegenzug nach Osten dagegen wird, je mehr Ansiedlungsgelegenheit in unsern Ostprovinzen geschaffen und dem Deutschtum ausschließlich offen

gehalten wird, um so kräftiger strömen. Es ist keineswegs gleichgiltig, von welcher Richtung die Masse der deutschen Neusiedler heranzieht: wir brauchen eine Gegenbewegung gegen den herrschenden Zug nach Westen, und diese wird am wirksamsten sein, wenn sie sich in möglichst genau entgegengesetzter Richtung hält. So wird auch das Schwergewicht der überschüssigen Volkskraft des deutschen Hinterlandes am besten und wirksamsten zur Geltung kommen. Deutsche aus Galizien, Polhynien oder sonstigen östlichen Gegenden zur Besetzung der Ansiedlungsgüter heranzuziehen, empfiehlt sich nicht oder doch nur dann, wenn eine dort entstandne deutsche Auswanderungsbewegung sonst in Gegenden lenken würde, wo die Erhaltung des Deutschtums unwahrscheinlich ist. Eine solche Bewegung aber zu veranlassen, liegt nicht im Interesse des Deutschtums; denn dadurch würden wir selbst dazu beitragen, den uns schädigenden Zug nach Westen zu verstärken, den Zug nach Osten aber, von dem die ganze deutsche Zukunft unsrer Ostprovinzen abhängt, einzuschränken. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß eine aufsteigende Entwicklung des Deutschtums in Russisch-Polen sehr wohl eine günstige Rückwirkung auf die Gestaltung der Nationalitätsverhältnisse unsrer Ostprovinzen ausüben kann. Ziehen wir aber diese vorgeschobnen Posten unsers Volkstums ein, so heben wir diese Möglichkeit der Rückwirkung auf, ohne zu wissen, ob die direkte Wirkung an Ort und Stelle, die wir durch die Verpflanzung erzielen können, größer sein wird. Sicher ist nur, daß wir damit Keime einer weitem Ausdehnung des Deutschtums selber zerstören würden, von denen wir gar nicht wissen, welche nationale und politische Bedeutung sie in hundert oder zweihundert Jahren erlangt haben könnten. Mit einem Worte: gedeihn die Außenposten unsers Volkstums, so darf man nicht an ihre Einziehung denken. Wo sie auch sein mögen, werden sie uns bestimmt von Nutzen sein; sie in die Front der nationalen Kampflinie zurückzuziehen wäre also thöricht, zumal da wir im Innern unsers Volksgebiets überschüssige Kräfte genug haben, die wir in die Kampflinie vorschieben können. Die Losung „Vorwärts“ ist auch hier immer besser als „Zurück.“ Gedeihn sie aber nicht, sind sie vielleicht gar in ihrem Bestande bedroht, so werden sie uns nirgends so schädlich sein wie in der Kampflinie, denn dort würden sie wohl am ehesten zu Fall kommen und uns dadurch viel empfindlicher schädigen, als durch den Untergang in weiter Ferne.

Ist mit dem Zuge nach Osten der Geist nationaler Offensive wieder in uns lebendig geworden, und gelingt es uns, Massen dorthin vorzuschieben, die einen Wandel der Dinge zu erzwingen vermögen, dann kann die gegenwärtige große Ausbreitung des Polentums, die noch so manchen Deutschen mit schwerer Sorge erfüllt, der Neubefestigung unsers Volkstums sogar Voranschub leisten. Denn durch die Verbreitung des Polentums über einen unverhältnismäßig großen Raum bietet es einem wieder vordringenden Deutschtum weit mehr Angriffspunkte dar, als wenn es noch geschlossen auf seinem alten Stammboden angesammelt wäre. Besonders sind die westlichen Arbeiterkolonien der Polen in den rheinisch-westfälischen Grubenbezirken in Folge ihres zu weiten Abirrens vom Heimboden schon jetzt eine Quelle der Schwächung für das Polentum, sodaß wir uns ihretwegen nicht zu beunruhigen brauchen.

Um kurz zusammenzufassen, so ist gegenwärtig die Lage in unserm Osten die, daß das Polentum immer noch trotz Ansiedlungskommission und anderer schwächerer Verteidigungsmittel auf unsrer Seite das Deutschtum zurückdrängt. Wie Graf Bülow im Abgeordnetenhaus mitgeteilt hat, ist in dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 die polnische Bevölkerung in der Provinz Posen um 10,5 Prozent, die deutsche nur um 3,75 Prozent gestiegen; und an Grundbesitz hat das Deutschtum von 1897 bis 1900 in Posen 15997, in Westpreußen 14630 Hektare verloren. Alle Arbeit zu Gunsten des Deutschtums wird vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, größere deutsche Massen nach Osten vorzuschieben und dort durch Grundbesitz zu befestigen. Dies kann und muß erreicht werden durch Verwandlung der Generalkommissionen in nationale Siedlungsbehörden, die ihre Thätigkeit auf Deutsche beschränkt, durch Steigerung und Sicherstellung der Wirksamkeit der Ansiedlungskommission auf unbegrenzte Zeit und durch eine Sperrung unsrer Ostgrenze, soweit es die notwendige Rücksicht auf die Landwirtschaft zuläßt. Um endlich ein einheitliches Vorgehn und Zusammenwirken aller mit dem Polentum in Berührung kommenden Behörden zu erreichen, wäre es angezeigt, wenn eine nicht an ein bestimmtes Ressort gebundene Zentralbehörde besonders mit der Überwachung und Leitung unsrer polnischen und sonstigen Nationalitätsangelegenheiten im weitesten Umfange betraut würde. So würde sich am ehesten eine feste Praxis den unserm Staat einverleibten fremden Volksteilen gegenüber ausbilden, eine streng sachliche, von Gefühlsregungen nicht beeinflusste stetige Behandlungsweise, die wir uns vor allen Dingen erst aneignen müssen. Eine sichere Grundlage wird ein solches Vorgehn gewinnen in der Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins, auf das wiederum eine feste Haltung der Regierung belebend zurückwirken wird; ferner in dem daraus erwachsenden unerschütterlichen Zusammenhalt im wirtschaftlichen Kampfe, wo die Behörden mit gutem Beispiel vorangehn sollten; besonders aber in einer erfolgreichen Bekämpfung des landwirtschaftlichen Notstandes.

Das Ringen zwischen Deutschtum und Polentum wird seine Entscheidung finden durch die Gestaltung des ländlichen Besitzes und der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt. Der deutsche Bauer wird sich auch hier, wie er es überall gethan hat, als Bahnbrecher des Deutschtums bewähren. Es ist also durchaus richtig, wenn bei den deutschen Abwehrmaßnahmen das Hauptgewicht auf diese Dinge gelegt worden ist. Sonstige Verteidigungsmittel, an denen es nicht fehlt, dürfen daneben selbstverständlich nicht vernachlässigt werden, wenn man auch Wirkungen wie von dem Vorwärtsdringen deutscher Bauernkraft von ihnen nicht erwarten darf.

Heute scheint man sich besonders von einer allgemeinen Hebung des Kulturstandes der beteiligten Provinzen günstige Wirkungen für das Deutschtum zu versprechen. Möchte man sich darin nicht irren und nicht vergessen, daß unsre ganze Polennot erst auf Grund der fürsorglichen Kulturthätigkeit des preussischen Staats zu ihrer heutigen Größe angewachsen ist. Die Hebung der Landeskultur läßt sich in ihren gewiß segensreichen Wirkungen eben nicht auf das Deutschtum beschränken; in der Regel kommt sie der Nation am

meisten zu statten, die sich am kräftigsten bethätigt. Und das ist jetzt die polnische. Darum lieber erst das Deutschtum unsrer Ostprovinzen stärken! Ist das in ausreichender Weise gesehn, so wird damit die allgemeine Kulturhebung schon von selbst kommen. Und was etwa noch zu wünschen übrig bleibt, kann auch dann noch in Angriff genommen werden.

Eine nationale Sprachen- und Schulpolitik kann im fremden Sprachgebiete keine selbständigen Erfolge erringen. Die in der Schule erlernte Staatsprache ist für viele totes Kapital und geht in spätern Jahren wieder verloren, wenn nicht die Anforderungen des praktischen Lebens ihre Kenntnis und Handhabung gebieterisch verlangen. Deshalb ist es wichtiger als die Schuldressur, die Verhältnisse des wirtschaftlichen und überhaupt des öffentlichen Lebens so zu gestalten, daß in ihnen der Gebrauch der deutschen Sprache mehr und mehr zur Notwendigkeit wird, daß durch ihre Nichtkenntnis wirtschaftliche und andre Nachteile entstehen. Darauf kann z. B. dadurch hingewirkt werden, daß für alle solche Versammlungen, deren staatliche Beaufsichtigung gesetzlich vorgeschrieben ist, die Staatsprache als alleinige Verhandlungssprache festgesetzt wird; oder daß vor Gericht die eines Dolmetschers bedürftige Partei ihn auch bezahlen muß. Eine Verlängerung der Dienstzeit für Soldaten, die der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind, würde auch nicht ohne Erfolg sein. Am kräftigsten wird aber auch in dieser Richtung eine unaufhaltsam fortschreitende deutsche Besiedlung wirken. Indem durch sie die jetzt noch überwiegend polnischen Gebietsteile mehr und mehr in zweisprachige verwandelt werden, wird auch die Notwendigkeit der Kenntnis der deutschen Sprache immer zwingender werden.

Gestützt durch einen solchen Entwicklungsgang kann auch die Schule sehr wertvolle Dienste leisten, nur dürfte es notwendig sein, das Deutsche immer mehr zur alleinigen Unterrichtssprache, einschließlich der Religion, zu machen. Noch förderlicher würde es für das Deutschtum und für eine friedlichere Gestaltung der Dinge im Osten sein, wenn der Staat sich entschloße, unter keinen Umständen polnischen Geistlichen die Erteilung des Religionsunterrichts oder irgend welche Rechte der Schulaufsicht anzuvertrauen.

* * *

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so stehn wir jetzt vor einem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Wandrungen deutschen Volkstums. Anfänglich waren diese Wandrungen durchaus nach Westen und Süden gerichtet, bis sie in der Völkerwanderung ihren Höhepunkt erreichten, und in ihrem Gefolge eine neue feste Abgrenzung gegen das Romanentum bewirkten. Dann folgte das gewaltige Zurückströmen deutscher Volkskraft nach Osten, das den Wiedergewinn weiter ostelbischer Gebiete zur Folge hatte, ohne jedoch eine Abgrenzung gegen das Slaventum herbeizuführen, die als endgiltig oder doch nur für längere Zeit dauernd angesehen werden kann. In den Blutströmen des Dreißigjährigen Krieges war die Kraft des deutschen Volkstums, die diesen Abschluß im Osten hätte herbeiführen können, bis zur vollsten Erschöpfung aufgebraucht worden. Als sich das deutsche Volk soweit erholt hatte,

daß sich wieder ein nach außen strömender Überschuß bilden konnte, wandte sich dieser wieder nach Westen, unwiderstehlich angezogen von den weiten zukunftsreichen Gefilden, die sich jenseits des Weltmeers aufgethan hatten. Ein kleiner Teil nur schlug den für das Deutschtum so verheißungsvollen Weg nach Osten wieder ein und wurde dort von der Hand der preußischen Könige zu einem Bollwerk gegen das Slaventum geformt oder leistete österreichischen und russischen Machthabern die ersten und wichtigsten Dienste als Pflanzler einer neuen Kultur in weiten wüsten Landstrichen. Der über den Ozean nach Westen flutende gewaltige deutsche Volksstrom hat in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts seinen Höhepunkt erreicht: die jährlich in Nordamerika einwandernden Deutschen zählten nach Hunderttausenden. Seitdem sind die Vereinigten Staaten gesättigt; sie denken jetzt vor allem an Verringerung der Einwanderung, obwohl diese schon längst nicht mehr so mächtig strömt wie noch vor wenig Jahren, und besonders der deutsche Anteil sich sehr stark vermindert hat.

Kommen nun Zeiten, wo deutsche Volkskraft wieder mächtig über die Sprachgrenze hinausströmt, wohin soll sich dann dieser Überschuß wenden? In unsern Ostprovinzen wird nur ein kleiner Teil Platz finden können. Ihnen so viel wie möglich davon zuzuführen, wird gewiß ein Gegenstand ernstester Sorge für unsre Regierung sein, die nun ja endlich die Notwendigkeit vermehrter deutscher Siedlung im Osten und den festen Entschluß, sie zu befördern, ausgesprochen hat. Weit schwierigere Aufgaben aber stellt die große Masse unsrer überquellenden Kraft, die sich nicht innerhalb der Reichsgrenzen festhalten läßt. Möchte es endlich gelingen, auch sie, von der uns im Laufe der Jahrhunderte schon so unermesslich viel verloren gegangen ist, der dauernden Ausbreitung des Deutschtums dienstbar zu machen.

Hans Witte



Catholica

Von Joseph Mayer

4. Die Propaganda



it dem kurzen Namen „Propaganda“ bezeichnet man die römische Kongregation zur Verbreitung des Glaubens, congregatio de propaganda fide. Sie ist nächst der katholischen Kirche selbst die bedeutendste Einrichtung der Welt auf religiösem Gebiete. Neben zahlreichen Gebieten Europas, die noch als terrae missionis gelten, verwaltet sie die ganze übrige Welt mit Ausnahme Südamerikas und einzelner Bistümer und Kirchenprovinzen in den andern Weltteilen.

Die Propaganda ist aus dem Bestreben hervorgegangen, die Missions-thätigkeit der katholischen Kirche einheitlich zu organisieren. Dieses Ziel ist